

Artikel publiziert am: 16.04.11

Datum: 16.04.2011 - 20.54 Uhr

Quelle: <http://www.fehmarn24.de/nachrichten/fehmar/hagedorn-will-weiter-ueber-ob-diskutieren-1207936.html>

Wie soll das Dialogforum Feste Beltquerung aussehen?

Hagedorn will weiter über das "Ob" diskutieren

FEHMARN - wi - Die schwarz-gelbe Landesregierung will in dem anstehenden öffentlichen Dialogforum nur noch darüber diskutieren, wie die Feste Fehmarnbeltquerung gebaut werden soll. Dass sie komme, stehe fest. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn ist ganz anderer Meinung und sieht die Landes-SPD hinter sich.



© Fehmarn 24

Bettina Hagedorn will das im Dialogforum auch noch über das Ob diskutiert wird und widerspricht Wirtschaftsminister de Jager.

Einen glaubwürdigen, transparenten Dialog, der sich an den von Heiner Geißler in Stuttgart gesetzten Maßstäben orientiere, eröffne nach Meinung Hagedorns nur der, der im Gegensatz zum Kieler CDU-Wirtschaftsminister Jost de Jager neben dem „Wie“ auch über das „Ob“ mit den Beltquerungs-Kritikern zu diskutieren bereit sei. Dieses fordere die SPD in Schleswig-Holstein.

Die Sozialdemokratin: „Fakt ist, dass erst mit der erneuten Abstimmung im Folketing über das Baugesetz – voraussichtlich nicht vor 2014 – abschließende Fakten das Projekt betreffend beschlossen werden. Bis dahin muss ergebnisoffen in einem transparenten Verfahren auf allen politischen Ebenen nicht nur das ‚Wie‘, sondern auch das ‚Ob‘ diskutiert werden, da das Raumordnungsverfahren in Kiel noch nicht einmal eröffnet wurde.“

Bettina Hagedorn reagiert in ihrer Presseerklärung auch auf CDU-

Keistagsfraktionschef Ulrich Rüder, der die Beschlussfassung der Landes-SPD zur festen Fehmarnbeltquerung als „paradoxe Kompromissentscheidung“ kritisiert hatte (wir berichteten). Hagedorn: „Der Vorwurf der CDU, dass ‚der Respekt gegenüber dem Staatsvertrag und Dänemark‘ auf der Strecke bleibe, läuft ins Leere: Da sowohl die dänische wie auch die deutsche Bundesregierung 2008 den Staatsvertrag inklusive dem Artikel 22 - der nun einmal die Notwendigkeit einer erneuten Diskussion auf nationaler Ebene unter festgelegten Bedingungen vorsieht – unterzeichnet haben, verhalten sich nur jene vertragstreu, die diesen Artikel 22 im Jahre 2011 nicht komplett negieren.“

Hagedorn geht auf einen weiteren Vorwurf des CDU-Kreistagsfraktionschefs ein. „Herr Rüder irrt“, meint sie, „wenn er behauptet, dass der Haushaltsausschuss jetzt um die notwendigen Mittel für die Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung kämpfen könne oder müsse. Er sollte wissen, dass sowohl Bundesverkehrsminister Ramsauer wie auch CDU-Staatssekretär Ferlemann entgegen der Mahnungen des Bundesrechnungshofes sich bislang weigerten, diese Kosten von Minimum 900 Millionen Euro überhaupt im aktuellen Verkehrsetat oder Finanzplan zu verankern.“

Auch den Vorwurf, erst der CDU-MdB Ingo Gädechens habe den betroffenen Gemeinden Gehör in Berlin verschafft, kontert Hagedorn, wie sie sagt, „mit einem Lächeln“. Sie habe sich von Anfang an in Berlin für die Interessen der Gemeinden stark gemacht. Das seien zunächst nur die Fehmaraner gewesen.

Hintergrund: Der Artikel 22

Im Artikel 22 des Staatsvertrages vom 3. September 2008, den viele als „Ausstiegsparagrafen“ betrachten, heißt es im zweiten Absatz:

„Sollten die Voraussetzungen für das Projekt oder Teile des Projekts sich deutlich anders entwickeln als angenommen und anders, als es zum Zeitpunkt des Abschlusses des Vertrages bekannt ist, werden die Vertragsstaaten die Lage aufs Neue erörtern. Dies gilt unter anderem für wesentliche Kostensteigerungen im Zusammenhang mit dem Projekt.“

Der Bundestag stimmte dem Staatsvertrag am 18. Juni 2009 zu.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Hagedorn ist der Meinung, dass die Gespräche mit den Dänen aufgenommen werden müssen. Hagedorn: „Fakt ist, dass das Projekt in den letzten drei Jahren erhebliche Veränderungen der Rahmenbedingungen – wie die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, die Halbierung der Güterzugzahlen und die Entscheidung pro Tunnel statt Brücke – erfahren hat und unbestritten dürfte sein, dass solche finanziell relevanten Veränderungen – wie das internationale langjährige Zinsniveau – bis 2014 bei einem rein auf Kreditbasis finanzierten Maut-Projekt keinesfalls ausgeschlossen werden können.“